

Datum:	01. Dezember 2010
Medium:	Die Presse

Mehrheit der Länder für Pflege-Wechsel zum Bund

01.12.2010 | 16:23 | (DiePresse.com)

Hundstorfer schlägt vor, dass sich künftig der Bund um die Administration des Pflegegeldes kümmert. Sechs Länder sprechen sich dafür aus, nur Vorarlberg und Salzburg sind dezidiert dagegen.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) hat vorgeschlagen, die Administration des Landespflegegeldes in Bundeskompetenz zu überführen. Eine große Mehrheit der Bundesländer begrüßt den Vorstoß, die zuständigen Vertreter Tirols, Kärntens, Oberösterreichs, der Steiermark, Wiens und des Burgenlands können der Idee etwas abgewinnen. Ein Nein kam hingegen aus Salzburg und Vorarlberg. In Niederösterreich wollte man sich nicht festlegen.

"Grundsätzlich gesprächsbereit" zeigte man sich in **Tirol**. Eine Zusammenlegung oder Abwicklung unter einem Dach würde durchaus Sinn machen, hieß es aus dem Büro von Soziallandesrat Gerhard Reheis (SPÖ). Über das Finanzielle müsse jedoch noch gesprochen werden, also darüber, ob die Mitteln für das Landespflegegeld ebenfalls zum Bund wandern sollen.

"Verwaltung vereinfachen"

Auch **Kärntens** Soziallandesrat Christian Ragger (FPK) sieht in den Plänen Hundstorfers grundsätzlich "eine gute Idee", allerdings stelle sich für ihn die Frage, wie hoch der Pflegefonds dotiert ist. Zudem müsse die Entscheidung der Aufteilung in den stationären, teilstationären und niedergelassenen Bereich den "Ländern überlassen bleiben" Laut dem Sozialreferenten sei es jedenfalls an der Zeit, die Verwaltung zu vereinfachen.

Der in **Oberösterreich** zuständige Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl (SPÖ) erklärte, man könne der Idee einer Kompetenzverschiebung grundsätzlich näher treten. "Dazu sind aber noch ausführliche Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Landesregierungen notwendig." Ziel müsse eine generelle Vereinbarung über eine künftige nachhaltige Finanzierung der Pflege sein. Eine offizielle oberösterreichische Position sei dies aber nicht, diese könne es nur in Abstimmung mit Finanzreferent Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) geben.

Die **steirische** Gesundheitslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) meinte, dass ein Zusammenführen der Administration des Pflegegeldes in einer Bundesstelle ein Schritt in die richtige Richtung wäre. Entscheidend sei aber ein gesamthaftes Pflegeleistungspaket, das die bevorstehenden Finanzierungslasten zwischen Bund und Ländern im Hinblick auf künftige Entwicklungen gerecht verteile.

"Weil es dem Bürger dient"

Die **Wiener** Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely (SPÖ) stimmt dem Vorschlag Hundstorfers zu: "Im Sinne der Verwaltungsreform vereinfachen wir der Zugang zum Pflegegeld, indem das Landespflegegeld zum Bund wandert." Ihre Haltung begründete sie mit: "Weil es dem Bürger dient." Kritik übte sie am derzeitigen Zustand: "Es ist unzumutbar, dass es so viele Stellen für das Pflegegeld gibt." Die Gesundheitsstadträtin befürwortet außerdem den geplanten Pflegefonds reden",

Im **Burgenland** kommentiert man den Vorschlag Hundstorfers vorsichtig positiv: Jede Verwaltungsvereinfachung sei zu begrüßen, hieß es aus dem Büro von Gesundheitslandesrat Peter Rezar (SPÖ). Über Details müsse allerdings noch gesprochen werden.

Salzburgs Soziallandesrätin Erika Scharer (SPÖ) erteilte Hundstorfers Vorstoß hingegen eine Absage: In ihrem Bundesland erfolge die Antragseinbringung für das Landespflegegeld zentral von einer Stelle bei der Landesregierung, und diese funktioniere ausgezeichnet. Es werde von einer Hand der Antrag auf Vollständigkeit überprüft und auch, ob die Voraussetzung für einen Anspruch gegeben sei. Die durchschnittliche Verfahrensdauer habe dadurch deutlich reduziert werden können. "Für Salzburg gibt es daher keine Notwendigkeit der Übertragung des Landespflegegeldes an den Bund. Viel wichtiger in der aktuellen Diskussion ist es - im Sinne der Betroffenen - eine jährliche Indexierung des Pflegegeldes vorzunehmen", so Scharer.

Auch von **Vorarlbergs** Landeshauptmann Herbert Sausgruber (ÖVP) kam ein Nein: Er stehe diesem Ansinnen aufgrund des "Trends zur einseitigen Forcierung der Sachleistungen kritisch gegenüber", sagte er. So weit dies möglich sei, solle man besser die Familien in die Lage versetzen, zu Hause Pflege leisten zu können. In 80 Prozent der Vorarlberger Fälle würden die Betroffenen von der Familie gepflegt, betonte Sausgruber.

"Verständnis ist in Wien rückläufig"

Das Pflegegeld sei von Vorarlberg entwickelt und vom Bund übernommen worden, "das Verständnis dafür ist in Wien aber leider rückläufig", stellte Sausgruber fest. Auch beim einzurichtenden Pflegefonds müsse es eine regionale Entscheidung bleiben, wie die Mittel verwendet werden, so der Landeshauptmann. Für richtig halte er, die Administration des Pflegegeldes im Land bzw. beim Bund zu vereinfachen.

In **Niederösterreich** sieht man derzeit noch keine Möglichkeit, die Frage klar zu beantworten. "In Sachen Pflegefinanzierung bedarf es einer großen Lösung. Daher hat es keinerlei Sinn, über einzelnes Flickwerk zu reden", erklärte die zuständige Landesrätin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP).